



Geld für Pflegeeltern

In der Steiermark gibt es mehr als 450 Kinder, die bei Pflegeeltern leben. Pflegeeltern waren bisher weder sozialrechtlich abgesichert noch wurden sie gerecht bezahlt. Auf Betreiben der KPÖ hat der Landtag eine erfreuliche Änderung beschlossen: Pflegeeltern werden nun bei einem Träger der Jugendwohlfahrt angestellt. Pflegemütter bekommen 412,09 Euro monatlich brutto für ein Kind, bei 2 Kindern 578,45 Euro und bei 3 Kindern 744,81 Euro. „Diese Absicherung ist ein Meilenstein“, freut sich KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

Pflegeheim-Lüge

Im Frühjahr hat der Landtag auf Initiative der KPÖ beschlossen, dass nur noch gemeinnützige und öffentliche Träger Zuschüsse vom Land für Pflegeheime bekommen sollen. Wenn der Profit privater Heimbetreiber wegfällt, wird die Pflege günstiger, was angesichts der Finanznöte der Gemeinden extrem wichtig ist. Die Umsetzung blieb allerdings aus. Deshalb legte die KPÖ im letzten Landtag einen Gesetzesentwurf vor, um die neuen Förderrichtlinien verbindlich festzulegen. Da war die SPÖ plötzlich dagegen. Die Finanzprobleme um die Pflege bleiben bestehen.

Millionen für Stiftung

Die Parteistiftung der SPÖ hat vom Land 3,7 Mio. Euro bekommen – und zwar über die Leykam Medien AG, von der 76,9 % der SPÖ-Stiftung „Zukunft Steiermark Privatstiftung“ gehören.

**LANDESREGIERUNG SPONSERTE BERATER MIT 15 MILLIONEN
KPÖ sagt Beraterfirmen Kampf an**

Regierung gab 15 Mio. Euro für Berater aus. KPÖ kämpft für Sparsamkeit, nachvollziehbare Verträge und gegen Freunderlwirtschaft.

Während immer mehr Gemeinden unter steigenden Ausgaben stöhnen, betreibt die Landesregierung Geldverschwendung. 15 Mio. Euro hat man seit 2005 für „Beraterdienste“ ausgegeben. In Bund, Land und Gemeinden lebt ein Dschungel

von Berater- und Consultingfirmen prächtig von den öffentlichen Millionen. „Der Sinn der Ausgaben ist fast nie nachvollziehbar begründet“, ärgert sich KPÖ-Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler.

Dazu kommen hohe Beratungskosten in anderen dem Land unterstehenden Bereichen wie der KAGes und der EStAG, über die es bezeichnenderweise keine systematische Aufstellung gibt.

| | |
|----------------------------|-------------|
| LH Voves (SP) | 4.341.805 € |
| LR Wegscheider (SP) | 3.524.316 € |
| LR Edlinger-Ploder (VP) | 3.456.728 € |
| LR Grossmann (SP) | 1.331.666 € |
| LR Vollath (SP) | 723.609 € |
| LH-Stv. Schützenhöfer (VP) | 610.804 € |
| LH-Stv. Schrittwieser (SP) | 503.264 € |
| LR Buchmann (VP) | 273.358 € |
| LR Seitinger (VP) | 268.730 € |

Klimt-Weithaler: „Das Beraterunwesen ist eine Methode, um den Großparteien nahe-stehende Personen mit lukrativen Aufträgen zu versorgen.“

Kleine Wahl-Erinnerungen
Buttons
T-Shirts, Diverse Motive
Aufkleber und Postkarten
Portions-glas Honig
Nagellack: ECHTROT

Im WEBSHOP bestellen: www.kpoe-steiermark.at
 oder anfordern Tel. 0316 / 71 24 79
 (kostenlos außer T-Shirts, Honig beim Volkshausfest kostenlos)

1600 EURO MINDESTLOHN

Schwarz-grün gegen faire Löhne

1600 Euro monatlich bzw. 10 Euro in der Stunde sollen als Mindestlohn festgelegt werden, fordert die KPÖ.

Ungerecht bezahlten Vollzeit-Jobs und der Ausbeutung am Arbeitsplatz gehöre ein Riegel vorgeschoben, so KPÖ-Klubchefin Claudia Klimt-Weithaler. Viele Menschen verdienen kaum mehr,

als die Sozialhilfe oder Mindestsicherung ausmacht.

Die KPÖ beantragte im Landtag, 1600 Euro brutto als Mindestlohn gesetzlich festzulegen. „Das ist für einen Vollzeit-Arbeitsplatz kein Luxus“, sagt Claudia Klimt-Weithaler. Die SPÖ zog mit und so geht die Forderung an die Bundesregierung, die

sich nun damit befassen muss. Gegen 1600 Euro Mindestlohn stimmten die Grünen und die ÖVP. Für die Grünen meinen, ein Mindestlohn sei für Unternehmen nicht zumutbar. Viel Lob bekamen sie dafür von ÖVP-Wirtschaftssprecher Wolfgang Kasic, dessen Partei mit Inbrunst gegen gerechtere Löhne eintritt.

SOZIALHILFERECHNER der KPÖ: Rechnen Sie ihre Ansprüche nach!
 INFO TEL. 0316 / 875 5101

<http://www.sozialhilferechner.at>

zuhören. helfen.

Claudia Klimt-Weithaler

